

BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 41-1 vom 29. April 2026

Rede von Bundeskanzler Friedrich Merz

bei der Nationalen Maritimen Konferenz
am 29. April 2026 in Emden:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kruithoff,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Olaf Lies,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Bundesregierung,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Tschentscher,
meine Damen und Herren,
liebe Emden und Emdeninnen,

Sie sehen, ein Sauerländer ist ein lernfähiges System! – Ich freue mich sehr, dass Sie heute alle zusammen nach Emden gekommen sind, dass Sie uns eingeladen haben, bei Ihnen zu sein, und dass wir Gelegenheit haben, nicht nur 26 Jahre Nationaler Maritimer Konferenz Revue passieren zu lassen, sondern auch den Blick nach vorn zu richten. Denn die Welt, in der wir uns heute treffen, ist eine ganz andere als die Welt, in der sich viele von Ihnen vor 26 Jahren hier in Emden getroffen haben. Der Ort ist der gleiche, aber die Lage ist eine völlig andere.

Niedersachsen, Ihr Bundesland, das Emsland, die Stadt Emden, sie sind ein Leuchtturm für die maritime Wirtschaft in Deutschland. Sie sind zugleich einer der größten Marinestützpunkte. Sie alle, vor allem hier im Emsland, wissen wirklich, wovon Sie reden, wenn Sie über die Bedürfnisse, die Herausforderungen und die Chancen der maritimen Wirtschaft sprechen.

Es ist ja fast ein Jubiläum. Das ist auch immer ein Anlass dafür, eine gewisse Bilanz zu ziehen. Ihre Bilanz der vergangenen 25 Jahre kann sich wirklich sehen lassen. Die

Nationale Maritime Konferenz ist zur zentralen Austauschplattform, zum wichtigsten Impulsgeber der maritimen Wirtschaft in Deutschland geworden.

Ich will allen herzlich danken, die es möglich gemacht haben, gestern und heute hier zusammenzukommen. Ich bedanke mich bei allen, die daran aktiv beteiligt sind. Ein besonders herzliches Wort des Dankes will ich dem Koordinator der Bundesregierung für maritime Wirtschaft sagen, Kollegen Christoph Ploß aus Hamburg, der etwas davon versteht, was maritime Wirtschaft ist, und der heute da ist. Herzlichen Dank stellvertretend Christoph Ploß, aber auch allen, die an der Organisation dieser Konferenz heute hier in Emden mitgewirkt haben, den Verbänden, den Unternehmen, den Institutionen bis hin zur Bundeswehr! Meine Damen und Herren, Ihr Engagement, der Einsatz, den Sie zeigen, ist bereits für sich ein unschätzbare Wettbewerbsfaktor für die maritime Wirtschaft und damit für die ganze Wirtschaft unseres Landes.

Sie werden es vermutlich wissen, aber ich will es trotzdem noch einmal sagen: 90 Prozent des globalen Handels werden über die Meere abgewickelt. Für eine maritime Wirtschaft, die so innovationsstark und so leistungsstark ist wie die deutsche, bedeutet das ein enormes Wachstumspotenzial. Wir tun gut daran, dafür die besten Rahmenbedingungen in Deutschland zu schaffen.

Das bedeutet aber auch – wir erleben das in diesen Tagen –: Wenn geopolitische Spannungen maritime Engpässe verursachen, dann trifft das die Weltwirtschaft und damit uns an unserer empfindlichsten Stelle. Aus guten Gründen ist deshalb die Freiheit der Schifffahrt eine der ältesten und eine der am besten etablierten Normen des Völkerrechts. Es ist keine Übertreibung zu sagen: Dieses Recht steht am Beginn der Moderne. Es steht am Beginn der weltweiten Wohlstandsexplosion, die mit der Industrialisierung einherging, aber durch die maritime Wirtschaft überhaupt erst möglich wurde. Es steht auch am Beginn des wirtschaftlichen Aufstiegs unseres Landes.

Ja, für eine Industrie- und Handelsnation wie Deutschland, wie wir es sind, ist die uneingeschränkte Nutzung globaler Seewege, ist maritime Sicherheit überhaupt die Voraussetzung für eine erfolgreiche Volkswirtschaft. Dieser Verschränkung von wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Arbeit müssen wir uns neu bewusst werden. Sie

galt immer, aber, offen gesagt, haben wir uns in den vergangenen Jahren vielleicht den Luxus erlaubt, sie etwas aus dem Blick zu verlieren. Das ist jetzt in dieser Zeit einer grundlegenden Neuordnung der Welt anders. Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit sind eben zwei Seiten einer Medaille. Wie schnell wir in beiden Bereichen zugleich vorankommen, entscheidet darüber, wie gut, wie frei und wie wohlhabend wir in Deutschland im 21. Jahrhundert leben werden.

Wir in der Bundesregierung haben darum unser Regierungshandeln ganz konsequent an diesen zwei Zielen ausgerichtet, an der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und an der Stärkung der Sicherheit unseres Landes in Europa. Daraus ergibt sich wie von allein ein besonderes Augenmerk der Bundesregierung auf die maritime Wirtschaft und auf ihre Bedingungen, denn die maritime Wirtschaft ist eben Wachstums- und Innovationstreiber für unsere ganze Volkswirtschaft.

Auch hierzu ein paar wenige Daten: Deutsche Reeder betreiben die drittgrößte Handelsflotte der Welt. Deutscher Schiffbau ist in vielen Bereichen Weltspitze, der Jacht- und Kreuzfahrtschiffbau genauso wie der Hightech-, Spezial- und Marineschiffbau. In den genannten Bereichen des zivilen Seeschiffbaus sind die Auftragsbücher voll. Der Marineschiffbau boomt. Davon profitiert ein ganzes System an Zulieferunternehmen, an oft mittelständischen Zulieferunternehmen – das weiß die Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung, Gitta Connemann, ganz besonders gut –, und zwar in den Küstenländern genauso wie in Bayern oder in Baden-Württemberg.

Gleichzeitig gilt: Wir, Deutschland, wir stehen im globalen Wettbewerb mit anderen Weltregionen, die massiv in ihre maritime Industrie investieren. Wir werden in Deutschland und Europa nur dann bestehen, wenn wir unsere maritime Zukunft nun sehr aktiv gestalten. Die maritime Wirtschaft hierzulande braucht wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen. Und sie braucht qualifizierte Fachkräfte. Unsere Werften brauchen gute Finanzierungsbedingungen. Wir wollen für die Sicherheit der Seewege, unserer Häfen, unserer Bohrinseln und der Seekabel an unseren Küsten umfassend Sorge tragen. Wir alle wissen seit geraumer Zeit, was es bedeutet, wenn wir diesen Anspruch an uns selbst stellen. Aber genau das ist die Aufgabenbeschreibung, mit der wir arbeiten. – Was heißt das nun in der Praxis?

Zunächst: Wir haben in der Bundesregierung eine ganze Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht, die der Stärkung der maritimen Wirtschaft dienen. Dazu gehört, dass wir uns auch auf europäischer Ebene genau dafür einsetzen. Die Europäische Kommission hat Anfang des Monats März auf unser Betreiben hin, auf Betreiben von Deutschland und den Niederlanden hin, um es genau zu sagen, eine Initiative für eine europäische maritime Industriestrategie veröffentlicht. Darin findet sich ein ganzes Maßnahmenbündel für die Stärkung unseres Schiffbausektors. Zusätzlich wirken wir in der Europäischen Union auf eine einheitliche Tonnagesteuer für die Hochseeschifffahrt hin. Das können wir nicht allein. Das können wir nur zusammen mit unseren europäischen Partnern.

Aber wir können und müssen auch viel auf nationaler Ebene tun. Auf nationaler Ebene sind wir aktiv geworden, indem wir die Schifffahrt in das sogenannte Großbürgschaftsprogramm aufgenommen haben. Wir unterstützen deutsche Werften damit, auch größere Aufträge anzunehmen und ihre Position im Markt zu behaupten. Wir arbeiten sehr intensiv daran, Innovation in strategischen Zukunftsfeldern zu stärken – durch Verfahrensbeschleunigung, durch Förderprogramme.

Meine Damen und Herren, ja, Herr Oberbürgermeister, Herr Ministerpräsident, Sie haben recht. Nicht das fehlende Geld ist unser größtes Problem. Unser größtes Problem sind die unverändert zu langen Verfahrenswege und Genehmigungsverfahren. Lassen Sie mich deshalb daran erinnern, dass wir bereits vor einigen Monaten im Bundeskabinett ein Investitionszukunftsgesetz verabschiedet haben, das genau diesem Zweck dient, nämlich dem Zweck, Verfahren zu beschleunigen und den Ausbau der Straßen, der Bahnlinien und der Wasserwege so zu gestalten, dass deren Ausbau gegenüber allen anderen öffentlichen Belangen ein überragendes öffentliches Interesse bekommt.

Ich möchte an die Kolleginnen und Kollegen in beiden Bundestagsfraktionen appellieren, dieses Gesetz im Deutschen Bundestag jetzt schnell und zügig zu verabschieden. Es liegt im Parlament. Der Deutsche Bundestag muss entscheiden, damit wir diese Vorgaben jetzt in das deutsche Planungs- und Genehmigungsrecht übertragen können

und damit wir dann Planungs- und Genehmigungsverfahren wirklich so beschleunigen können, wie es notwendig ist.

Ich will beispielhaft die Zukunft der maritimen Wirtschaft mit künstlicher Intelligenz herausgreifen. Wir haben auf der Hannover Messe einen ersten kleinen Eindruck davon gewinnen können, wie künstliche Intelligenz Verfahren beschleunigt, Produktionsprozesse revolutioniert und zu ganz anderen Wertschöpfungsmöglichkeiten beiträgt, mehr als wir das bisher auch nur erahnt haben. Herr Lies, wir beide waren zusammen auf der Eröffnungsveranstaltung. Ich möchte dringend darum bitten, dass wir uns in Deutschland gemeinsam dafür einsetzen, die Regulierung des Maschinenbaus aus der europäischen Regulierung der künstlichen Intelligenz herauszunehmen, sodass künstliche Intelligenz für den Maschinenbau nicht genauso reguliert wird wie künstliche Intelligenz zum Beispiel für das Erfinden neuer Sprachmodelle. Das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass wir überhaupt eine Chance haben, den Anschluss bei der Entwicklung künstlicher Intelligenz auch in der Branche zu halten, über die wir heute gemeinsam sprechen.

Wir brauchen ein neues Augenmerk auf die Stärkung der Hafeninfrastruktur. Beide Vorredner haben es angesprochen. Wir wissen genau, dass die deutschen See- und Binnenhäfen gewissermaßen – wie soll ich es sagen? – das Gefäßsystem unserer Volkswirtschaft sind. Sie sind zugleich die Dreh- und Angelpunkte für eine sichere, saubere Energieversorgung und für die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes ohnehin. Damit sie diesen Zukunftsaufgaben vollumfänglich gerecht werden können, müssen sie ausgebaut, modernisiert und digitalisiert werden.

Die Bundesregierung leistet über den sogenannten Hafenlastenausgleich bereits jedes Jahr einen festen Beitrag zur Finanzierung der deutschen Seehäfen. Erhöhen können wir ihn verfassungsrechtlich nicht so einfach, denn bekanntlich ist nicht der Bund, sondern sind die Länder für die Hafenfinanzierung zuständig.

Aber wir können als Bund unserer Verantwortung für die Häfen und für die Küstenländer anderweitig nachkommen. Und das tun wir auch. Über den Klima- und Transformationsfonds werden wir bis zum Jahr 2029 zusätzlich 400 Millionen Euro für

klimafreundliche Schifffahrt und klimafreundliche Häfen bereitstellen. Nicht zu vergessen: Über 1,3 Milliarden Euro investieren wir in den Ausbau der militärischen Hafeninfrastuktur in Bremerhaven. Das ist eines der größten Infrastrukturprojekte in der maritimen Wirtschaft der letzten Jahrzehnte. Mit dem Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz stellen wir den Ländern 100 Milliarden Euro zur Verfügung, die auch für Seehäfen verwendet werden können. Last, but not least: Wir schauen uns in den zuständigen Bundesministerien sehr genau an, wo weitere Finanzierungsbedarfe der Seehäfen liegen und wie wir sie lösen können.

Aber lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch sagen: Wir arbeiten – so, wie Sie, Herr Lies, es hier gesagt haben –, Bund und Länder gemeinsam an einer Lösung auch der individuellen Themen. Sie haben die beiden Vertiefungen angesprochen, an Außenweser und Außenems. Lassen Sie mich an dieser Stelle sagen: Ich unterstütze Sie dabei, diese Projekte umzusetzen. Die beiden Vertiefungen müssen kommen. Sie sollten schnell kommen. Und wir sollten zeigen, dass Bund, Länder und Gemeinden hier an einem Strang ziehen.

So wiederhole ich es: Die Häfen sind Schlüsselstellen und Drehkreuze unserer Sicherheit, unserer Souveränität und unserer Wettbewerbsfähigkeit. Sie sind im überragenden Interesse unseres gesamten Landes, der Kommunen und der Länder genauso wie der Unternehmen und der Belegschaften.

Es braucht hier also Gemeinschaftsarbeit. Ich bin zuversichtlich, dass es uns auch gemeinsam gelingen wird. Denn die Aufgabe der Modernisierung unserer Volkswirtschaft im Allgemeinen und der Modernisierung unserer Hafeninfrastuktur ist eine gemeinsame, gesamtstaatliche Aufgabe, der wir uns stellen.

Genauso verhält es sich bei einer weiteren Schlüsselaufgabe, vor der wir stehen, der Sicherung bezahlbarer und sauberer Energie. Ich muss Ihnen nicht erläutern, wie wesentlich es ist, dass wir dabei schnell zu spürbaren Ergebnissen kommen. Es ist eine Priorität der Bundesregierung. Wir arbeiten mit Hochdruck daran, im Verbund auch mit unseren europäischen Partnern und Nachbarländern.

Sie haben es erwähnt. Vor wenigen Monaten, im Januar, haben wir in Hamburg einen internationalen Nordseegipfel abgehalten mit dem Ziel, unter den Nordseeanrainerstaaten noch besser zusammenzuarbeiten als in der Vergangenheit. Unser Schwerpunkt liegt auf Planung und Koordinierung von Energieprojekten in der Nordsee, für mehr Schnelligkeit, für mehr Kosteneffizienz, für Synergieeffekte, auch für besseren Schutz unserer Offshore-Energieinfrastruktur. Dieser Gipfel hat einen sehr konkreten Aktionsplan hervorgebracht, der nun implementiert wird.

Zusätzlich haben wir am Rande dieses Gipfels mit Dänemark ein bilaterales Abkommen über ein hybrides Offshore-Kooperationsprojekt getroffen. Bornholm Energy Island ist das erste rechtsverbindlich vereinbarte Projekt dieser Art in Europa. Es gibt bisher kein zweites. Zwei oder drei weitere sind in Planung. Darüber haben wir im Kabinett übrigens ebenfalls entschieden. Geplant ist die Erzeugung von drei Gigawatt Offshore-Windenergieleistung, von verlässlicher, sicherer und sauberer Energie. So gehen wir auch hier „mit Sicherheit voraus“, um das diesjährige Motto der Konferenz einmal aufzugreifen.

Die Weltneuordnung, die wir erleben und die wir zu einem gewissen Grad erleiden, hat verstärkt auch die Form von Angriffen – hybriden und konventionellen Angriffen – zur See, insbesondere in der Ostsee. Ich nenne nur das Stichwort Schattenflotte; ich nenne das Stichwort Sabotage. Wir stehen vor der historischen Aufgabe, eine tragfähige neue Sicherheitsarchitektur in und für Europa zu entwickeln. Diese steht und fällt mit unseren Fortschritten bei der maritimen Sicherheit. Und sie umfasst heute den Schutz unserer Seewege und Gewässer, genauso wie den Schutz von Offshore-Windparks, von Unterwasserpipelines und von Datenkabeln. Es gibt hier eine Dringlichkeit, die wir bisher nicht gekannt haben und die unser Regierungshandeln jetzt anleitet.

Wir haben gute Voraussetzungen, um schnell zu weiteren Fortschritten zu kommen. Unsere Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist gerade im Bereich der maritimen Sicherheit Weltspitze. Wir haben ein wachsendes Ökosystem an Herstellern von militärischen Über- und Unterwasserdrohnen. Unser Land besitzt weltweit führende Werften, die die deutsche Marine seit Jahrzehnten ausrüsten. Deutsche U-Boote bilden das konventionelle Rückgrat der Nato-Flotte. Zurzeit befinden sich Flottendienstboote und

Betriebsstofftanker im Bau. Und wir hoffen, dass wir das Fregattenprojekt F126 unter deutscher Führung ebenfalls zum erfolgreichen Abschluss bringen können.

Klar ist aber auch, dass es gerade dort, wo es eine Vielzahl von beteiligten Akteuren gibt – insbesondere bei der kritischen Infrastruktur –, Verbesserungsbedarf in der Koordinierung, in der Zusammenarbeit gibt. Das maritime Sicherheitszentrum in Cuxhaven ist ein besonders gutes Beispiel, ein Best-Practice-Beispiel dafür, wie das behördenübergreifend funktionieren kann. Mit dem KRITIS-Dachgesetz haben wir überdies einen Rahmen geschaffen, der auch die Schnittstelle für kritische Infrastruktur zwischen den staatlichen Behörden und der Privatwirtschaft stärkt. Das war überfällig, das macht unser Land sicherer.

In dieser Zusammenschau zeigt sich: Es gibt eine dringende Handlungsnotwendigkeit im Hinblick auf die maritime Sicherheit. Es gibt eine dringliche Handlungsnotwendigkeit genauso im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Das schafft einen Zugzwang, den wir in dieser Form in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht gesehen haben, den wir aber heute sehen. Genau diesem Zwang stellen wir uns nicht, weil wir dazu gedrängt werden, sondern weil wir es aus innerer Überzeugung tun.

Das bedeutet aber zugleich: Darin stecken erhebliche Entwicklungschancen für unser Land. Im Rückblick sieht man: Fortschritt geschieht meistens in Krisen – und dann in großen Sprüngen. Zu einem Sprung setzt unser Land jetzt an. Ich danke Ihnen allen für den Beitrag, den Sie dabei leisten.

Genau in diesem Rahmen – so hoffe ich jedenfalls – werden wir uns in zwei Jahren wiedersehen. Ich freue mich sehr – lassen Sie mich dies als Nordrhein-Westfale sagen –, dass der Austragungsort der nächsten Konferenz dann Duisburg sein wird. Wenn ich mir erlauben darf, das zu sagen: Das ist wiederum eine hervorragende Wahl, denn der Duisburger Hafen ist der größte Binnenhafen Europas. Er ist ein zentrales Drehkreuz für Warenverkehr weit über Deutschland hinaus. Genau aus diesem Grund wird mein Ministerpräsident Hendrik Wüst – der nächste Redner hier und der nächste Gastgeber von morgen – gleich zu Ihnen sprechen.

Wir werden in zwei Jahren feststellen können, wo wir noch besser werden müssen. Wir werden aber genauso – darauf deutet alles hin – auf Fortschritte verweisen können. Deutschland hat alle Voraussetzungen, um eine führende maritime Nation im 21. Jahrhundert zu sein. Wir haben die Ambitionen auf Bundes- und auf Landesebene, bei den Unternehmen, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir haben einen hochinnovativen Mittelstand. Wir haben hochqualifizierte Fachkräfte in Werften, Häfen und Betrieben. Wir haben Seeleute – lassen Sie uns auch das nicht vergessen –, die oft unter anspruchsvollsten Bedingungen dafür sorgen, dass Schiffe und Waren ihren Bestimmungsort erreichen. Wir haben eine exzellente maritime Forschung. Last, but not least, wer wüsste das besser als Sie hier in der Region: Wir haben eine große und großartige Vielfalt an maritimer Tradition – vom Wattrennen bis zur ostfriesischen Teezeremonie, Herr Oberbürgermeister. Und die wollen wir weiter pflegen, die wollen wir weiter mit Leben erfüllen.

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne: Unser Land hat so viel zu bieten, und wir haben noch so viel gemeinsam vor. Lassen Sie uns diesen Weg auch gemeinsam gehen.

Herzlichen Dank!

* * * * *